



Mexiko

Tiefe Krise nach dem Verschwinden von 43 Lehr-
amtsstudierenden

➔ Seite 14



Podemos

Ist die neue Partei
in Spanien ein
Vorbild für ganz
Europa?

➔ Seite 10



Kobanê

Vergleich zwischen
den BürgerInnen-
kriegen in Spanien
und in Syrien

➔ Seite 12

12

Januar 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der Revolutionären Internationalistischen Organisation | Deutsche Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale | Preis: 1 Euro | Solipreis: 2 Euro



Für klassen- kämpferische Gewerkschaften!

Bei der Bahn, bei Amazon, bei Lufthansa –
in Deutschland wird wieder mehr gestreikt.
Welche Gewerkschaften brauchen wir?



Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Stefan Schneider. Layout: Wladek Flakin, Max Karlmann.

VISdP: R. Müller, Hafensstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



Sieg der ArbeiterInnen bei Lear in Argentinien

International: Trotzkiistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien: Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko: Movimiento de los Trabajadores Socialistas
www.mtsmexico.org

Bolivien: Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien: Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional
www.palavraoperaria.org

Chile: Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela: Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica: Liga de la Revolución Socialista
lrcostarica.blogspot.com

Uruguay: Juventud Revolucionaria Internacionalista
jrinternacionalista.wordpress.com

Spanischer Staat: Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich: Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

NR. 12 JANUAR 2015

ONLINE LESEN...

- 3 **Leitartikel:** Für klassenkämpferische Gewerkschaften!
- 4 **Amazon:** Eine neue Stufe des Kampfes
- 6 **Streikrecht:** Alle Räder stehen still
- 7 **Generalstreiks:** In Belgien und Italien
- 8 **Rassismus:** Eine neue rechte Bewegung?
- 10 **Spanischer Staat:** Ist Podemos ein Vorbild?
- 11 **Frankreich:** Der Kongress der NPA steht an
- 12 **Analogie:** Kobanê: Das Madrid unserer Tage?
- 14 **Mexiko:** Ein Staat am Abgrund
- 15 **Argentinien:** Trotzkiismus heute



Obama und Castro

Angesichts der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und den USA.



1.000 Entlassungen

Beim Onlinehändler Amazon in Brieselang sind 1.000 Menschen zum Jahresende ihren Job los.

Wir präsentieren: Die Monatszeitschrift!

Du hältst sie jetzt in deinen Händen: Die erste Ausgabe der Monatszeitschrift **Klasse Gegen Klasse!** Den Neustart unserer Publikation haben wir mit einer Finanzkampagne begleitet, um die Publikation finanziell auf festere Füße zu stellen. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lief die letzte Woche der Finanzkampagne noch, aber wir haben bereits über 2.000 Euro erhalten und dutzende Abos abgeschlossen.

In der nächsten Ausgabe werden wir an dieser Stelle die Namen (oder Initialen) der GenossInnen und SympathisantInnen veröffentlichen, die mit ihren Spenden das regelmäßige Erscheinen von **Klasse Gegen Klasse** zum Preis von nur 1 Euro möglich machen. Schon jetzt wollen wir uns bei allen bedanken!

Es stellt eine große Herausforderung für uns dar, jeden Monat ein neues Heft vorzulegen. Deswegen sind wir weiterhin auf deine Kommentare, Kritikpunkte und Vorschläge angewiesen. Bestellungen für Abos und weitere Spenden nehmen wir gerne entgegen.

info@klassegegenklasse.org

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org



VON WLADEK FLAKIN

Streiks bei der Bahn, bei Amazon, bei Lufthansa... In Deutschland wird wieder mehr gestreikt – gegen befristete Verträge, unsichere Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne. Auch wenn im internationalen Vergleich noch wenige Streiks stattfinden, gehen die KapitalistInnen, ihre Medien und ihre Regierung bereits auf die Barrikaden. Sie wollen am liebsten das Streikrecht in Deutschland noch weiter einschränken.

Schon seit Jahren führen die KapitalistInnen einen massiven „Klassenkampf von oben“. Diesen kennt man als „Hartz IV“, „Agenda 2010“ oder in Form der brutalen Spardiktate für Südeuropa. Besonders die Praxis der Befristung setzt sich immer stärker durch, gerade bei Betrieben wie Amazon oder Zalando. Doch sie sind letztlich nur die Speerspitze eines allgemeinen Trends, der die Lebensbedingungen breiter Teile der arbeitenden Bevölkerung immer stärker aushöhlt.

Aktuell versuchen die Herrschenden, eine Massenhysterie gegen Arbeitskämpfe zu inszenieren. Der Grund ist klar: Sie bereiten weitere Angriffe auf die Rechte und Lebensstandards der Arbeitenden in Deutschland vor und unser Widerstand gegen solche Angriffe soll präventiv gebrochen werden.

Hinzu kommt ein massives gewerkschaftsfeindliches Klima, wie man beim GDL-Streik sehen kann. Auch bei dem Neupack-Streik in Hamburg 2013 war die Hetze gegen Gewerkschaften ein zentraler Bestandteil der Strategie der Bosse. Beliebte sind auch Schulungen für Unternehmensführungen, die Strategien zur Zerschlagung gewerkschaftlicher Strukturen im Betrieb vermitteln.

Diesem Angriff auf die ureigenen Organisationsformen der ArbeiterInnenklasse setzen die Gewerkschaften in Deutschland leider wenig entgegen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat zwar über sechs Millionen Mitglieder, doch diese Mitglieder werden äußerst selten mobilisiert. Statt zu kämpfen, verhandeln die Gewerkschaftsapparate lieber mit der Regierung über weitere Einschränkungen des Streikrechts.

Gegen die Bürokratie

Viele ArbeiterInnen fragen sich: Können unsere Gewerkschaften nicht mehr machen? Selbst bei beispielhaften Kämpfen, wie aktuell bei Amazon, mangelt es meistens an einer entschlossenen Kampfführung bis zur Durchsetzung aller Forderungen. Warum handeln die Gewerkschaftsführungen nicht konsequent im Interesse ihrer Mitglieder?



Für klassenkämpferische Gewerkschaften!

Während des Bahnstreiks wurde viel gegen den GDL-Chef Weselsky persönlich gehetzt: Seine Telefonnummer wurde veröffentlicht und sein Haus wurde in der Zeitung abgebildet. In der Tat lebt er in guten Verhältnissen – alle Gewerkschaftsvorsitzenden in Deutschland verdienen mehr als 200.000 Euro im Jahr. Auch wenn wir Weselsky gegen solche Hetze verteidigen, sind diese Privilegien nicht zu verantworten. Die Gewerkschaftsbosse leben eher wie ManagerInnen und Personalvorstände, im Gegensatz zu den ArbeiterInnen, für die sie arbeiten sollen. Auch die niederen Ränge der Bürokratie verdienen weit mehr als einen ArbeiterInnenlohn.

Die GewerkschaftsbürokratInnen sind aber nicht nur über ihre Aufsichtsratsposten mit dem Kapital vernetzt. Viele sind auch Mitglied der Partei der „Agenda 2010“ und der „Tarifeinheit“: der SPD. Die moderne Sozialdemokratie sorgt für die Zusammenarbeit von Staatsapparat und Gewerkschaftsspitzen bei solchen Angriffen auf die ArbeiterInnen.

Organisieren und siegen

Große Aufgaben kommen aktuell auf die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland zu: die Verteidigung des Streikrechts, der Kampf gegen Befristungen und Solidarität mit den KollegInnen in Südeuropa. Doch die Organisationen der ArbeiterInnenklasse sind aktuell nicht für diese Kämpfe gewappnet. Zum Teil liegt das am niedrigen Organisationsgrad gerade in den

Branchen, die am meisten von Angriffen betroffen sind. Ohne gemeinsame Organisation ist an Gegenwehr gar nicht erst zu denken.

Doch selbst wenn die KollegInnen an der Basis ihre Stimmen erheben, treffen sie früher oder später auf die bremsende Rolle des Gewerkschaftsapparats. Natürlich gibt es auch kämpferischere GewerkschaftsfunktionärInnen, doch auch sie bleiben an die materiellen Interessen des Apparats gebunden – die sie im Ernstfall auch gegen die KollegInnen an der Basis durchzusetzen bereit sind.

Deswegen sollte sich die Basis selbst organisieren: Bei Streiks sollen wichtige Entscheidungen in Massenversammlungen getroffen werden. FunktionärInnen sollen gewählt werden und jederzeit abwählbar sein. Sie müssen das Gleiche verdienen wie die Menschen, die sie vertreten.

Es geht aber nicht nur um die Form der Organisation, entscheidend ist die politische Linie: Wir brauchen eine Alternative zu den Plänen der KapitalistInnen und zur Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsführungen, die bei ihrer Durchsetzung hilft. Nötig ist deshalb eine klassenkämpferische Strömung in den Gewerkschaften, die gegen die Kollaboration mit dem Kapital konsequent die Interessen der ArbeiterInnen vertritt. Vor allem brauchen wir eine revolutionäre Partei, die im Bündnis mit allen Unterdrückten weltweit für den Sozialismus kämpft.

Eine neue Stufe

AMAZON: Mit dem zehntägigen Weihnachtstreik hat der Kampf der Amazon-ArbeiterInnen eine neue Qualität erreicht. Doch in Brieselang erhöht das Unternehmen den Druck massiv.

VON STEFAN SCHNEIDER

Platz fünf der „zehn nervigsten Streiks“ des Jahres: So kürte die BILD den aktuellen Arbeitskampf bei Amazon. Vor allem die kürzlichen Streiks zur Weihnachtszeit waren „nervig“ für die Springer-Presse.

Für die Amazon-ArbeiterInnen jedoch bedeuteten die massiven Streiks im Weihnachtsgeschäft eine neue Stufe ihres Kampfes: 2.700 Menschen im Ausstand und eine standortübergreifende Streikversammlung in Koblenz mit über 700 TeilnehmerInnen bildeten den bisherigen Höhepunkt der schon anderthalb Jahre laufenden Auseinandersetzung. Inzwischen befinden sich Beschäftigte an sechs von acht Standorten in Deutschland im Kampf für einen Tarifvertrag, der bessere Löhne, Weihnachts- und Urlaubsgeld und mehr Rechte garantiert. Vor allem der Befristungspraxis bei Amazon soll ein Ende gesetzt werden.

Die Streikenden sehen sich Bossen gegenüber, die einen Tarifvertrag unter allen Umständen verhindern wollen. Dafür sind ihnen alle Mittel recht: Korruption, Investitionen in neue Standorte in Osteuropa und gewerkschaftsfeindliche Hetzkampagnen. Doch das hinderte die ArbeiterInnen bisher nicht daran, in den aktivsten Zentren in Bad Hersfeld und Leipzig die Streikfront stabil zu halten und an anderen Standorten, wie in Koblenz, neue Fronten aufzumachen.

Vom 15.-24. Dezember streikten vier Standorte ständig, und andere Standorte wie Koblenz ebenfalls mehrtägig. Zum Streikaufakt in

Koblenz fand eine Demonstration mit anschließender Streikversammlung von Amazon-ArbeiterInnen aus allen Streikstandorten statt, die die hohe Kampfmentalität der Beschäftigten zum Vorschein kommen ließ. Schon im Vorfeld des Weihnachtstreiks war es in Leipzig und Bad Hersfeld zu eintägigen Arbeitsniederlegungen gekommen, nachdem die Streikwilligen vor Ort ihre Entschlossenheit auch zu spontanen Arbeitskampfmaßnahmen gezeigt hatten.

Ein neuer Wind

Die Ausdauer der Amazon-ArbeiterInnen beweist: Aktuell entwickelt sich in Deutschland eine neue Schicht innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, die die ständige Krisenpolitik des Lohnverzichts und die wachsende Prekarisierung ihrer Lebensverhältnisse nicht mehr akzeptiert – eine Schicht, die sich zu wehren beginnt. In den letzten Jahren sind immer wieder Kämpfe in prekarierten Sektoren aufgeflammt (bei CFM - Charité Facility Management, bei Neupack und im Einzelhandel, um nur einige zu nennen), die wir als unterschwellige Tendenzen in diese Richtung analysiert haben. Mit dem Kampf gegen ein milliardenschweres multinationales Unternehmen wie Amazon sind diese Tendenzen nun endlich an die Oberfläche gelangt.

Das sorgt auch dafür, dass die Bürokratie der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di durch die Amazon-Beschäftigten immer stärker unter Druck gerät. Die spontanen Streikaktionen am 8. Dezember oder die Ausdehnung des Weihnachtstreiks um vier Tage sind Zeugnisse dessen. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Bewegung von BasisgewerkschaftlerInnen zwar in der Lage ist, den Gewerkschaftsapparat punktuell zu Aktionen zu drängen, aber ver.di noch nicht zwingen konnte, all ihre Ressourcen einzusetzen, um diesen emblematischen Kampf zu gewinnen.

Zwar bezeichnete ver.di-Chef Frank Bsirske den Kampf bei Amazon erst vor Kurzem wieder als „Kampf um Grundsätze“, doch bei der streikenden Basis kommt davon noch viel zu wenig in Form von konkreten Schritten an – es bleibt bei Lippenbekenntnissen. So haben sich in den letzten Monaten die



des Kampfes

Streikstandorte stärker koordiniert, doch der Unmut an der Basis – und selbst bei den kämpferischeren Teilen des Apparats – über einen zu zaghaften Streikfortschritt wächst. Die Koordinierungsstrukturen zwischen den Streikenden selbst müssen deshalb noch viel stärker ausgebaut werden – auch in Verbindung mit solidarischen AktivistInnen –, um ver.di dazu zu bewegen, die kämpferischen Worte auch in Taten umzusetzen.

Neue Blockaden

In Bad Hersfeld fanden im Weihnachtsstreik zu den wichtigsten Lieferzeiten am Montag und Donnerstag Blockaden der Lkw-Ausfahrten statt, die die Streikenden gemeinsam mit Blockupy Frankfurt organisiert hatten. Daran ist die wachsende Politisierung und Radikalisierung der Amazon-Beschäftigten zu erkennen. Gleichzeitig wächst eine bundesweite Solidaritätsbewegung, an der auch wir von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, in Berlin maßgeblich beteiligt sind. Möglich war dies durch die Anstöße, die das bundesweite Netzwerk Streiksolidarität Ende November in Frankfurt am Main geleistet hatte.

Die Solidaritätsaktionen im Weihnachtsstreik – in Leipzig und Berlin an Unis, in Innenstädten und direkt vor den Werkstoren – setzten ein erstes Zeichen. Diese Aktionen sollen den Streikenden helfen, ihre eigenständigen Entscheidungsstrukturen und ihre bundesweite Koordinierung zu stärken – eine zentrale Aufgabe auf dem Weg des Wiedererstarkens von Klassenbewusstsein in der großen ArbeiterInnenklasse Deutschlands. Denn schon jetzt zeigt sich: Der Kampf bei Amazon wird nur zu gewinnen sein, wenn die Beschäftigten selbst an den Eskalationsschrauben drehen, anstatt auf den schwerfälligen ver.di-Apparat zu warten.

Eine zusätzliche Front

Im Amazon-Standort in Brieselang bei Berlin hat sich derweil eine neue Front aufgetan. Schon Ende 2013 wurden über 400 Beschäftigte kurz vor Weihnachten auf die Straße gesetzt, als ihre befristeten Verträge ausliefen. Doch Ende 2014 setzte die Geschäftsführung noch einen drauf: 1.000 befristet Beschäftigte wurden zum Jahresende ihren Job los, 165 bekamen Sechs-Monats-Verträge und 120 sogar nur Ein-Monats-Verträge, während lediglich 35 ArbeiterInnen unbefristet übernommen wurden.

Auch in Brieselang beginnt sich langsam gewerkschaftliche Organisation und eine aktive Betriebsgruppe zu etablieren. Der Angriff der Geschäftsführung in Brieselang ist deshalb nicht einfach nur die Fortführung der unsäglichen Befristungspraxis des US-Konzerns, sondern ein direkter Angriff auf all diejenigen, die sich gegen diese Bedingungen zu Wehr setzen wollen. Es handelt sich hier um einen unverhohlenen Versuch, die Ausweitung der Streikfront zu verhindern und die ArbeiterInnen massiv einzuschüchtern.

Deshalb kann der Kampf gegen Befristung in Brieselang nicht unabhängig vom Kampf um einen Tarifvertrag für Amazon in ganz Deutschland gesehen werden. Brieselang ist nichts als eine zusätzliche Front der ArbeiterInnen zur Rückeroberung ihrer Würde. Wer einen Tarifvertrag erkämpfen will, muss sich gegen die Befristungspraxis in Brieselang stellen.

Wir wollen bleiben!

Dabei ist Amazon nur ein Ausdruck der „Normalisierung“ von Befristungen in ganz Deutschland. Millionen von ArbeiterInnen und Studierenden mussten sich seit der Einführung der Agenda 2010 einer zunehmenden Befristungspolitik der Unternehmen beugen. Der Kampf gegen Befristung bei Amazon in Brieselang ist daher auch Teil eines Kampfes gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen von Lohnabhängigen in ganz Deutschland.

Die Beschäftigten in Brieselang wollen mit den Schlachtrufen „Wir wollen bleiben!“ und „Entfristung jetzt!“ für ihre Weiterbeschäftigung kämpfen. Die aktiven GewerkschafterInnen und Betriebsratsmitglieder, die auch von der Befristung betroffen sind, stellen sich an die vorderste Front. Ihr Rauswurf wäre ein großer Rückschlag für die Organisationsbemühungen bei Amazon und damit für den Streik insgesamt.

Amazon versucht mit allen Mitteln, ein gewerkschaftsfeindliches Klima zu schaffen und die Basis der BetriebsaktivistInnen zu unterminieren. Deshalb muss die klassenkämpferische Linke die GewerkschafterInnen in Brieselang mit allen Mitteln bei ihrem Kampf unterstützen und ihnen zeigen, dass dies unser aller Kampf ist.

Die bisherigen Anstrengungen der bundesweiten Solidaritätsstrukturen müssen sich vervielfältigen hin zu einer bundesweiten Kampagne gegen Befristung und Willkür bei Amazon und für die Verteidigung der aktiven GewerkschafterInnen. Ver.di muss sich an die vorderste Front dieses Kampfes stellen – wird dies aber nur durch einen massiven Druck von ver.di-Mitgliedern aus allen Bereichen tatsächlich tun. Deshalb müssen alle Amazon-Standorte sowie die aktiven BasisgewerkschafterInnen aus anderen Betrieben und nicht zuletzt die Linke insgesamt ihre volle Solidarität mit den von Befristung betroffenen KollegInnen zeigen. Der Brieselanger Schlachtruf muss zu dem der klassenkämpferischen Linken werden: Wir wollen bleiben!

Eine Chronik des Kampfes

26. März 2013 und 22.-25.

April 2013

Urabstimmungen in Leipzig und Bad Hersfeld: Jeweils 97% der ver.di-Mitglieder stimmen für Streik.

14. Mai 2013

Erster Tagesstreik in Bad Hersfeld und in Leipzig. 1.700 Streikende an beiden Standorten.

17. Juni 2013

Erstmals zweitägiger Streik an beiden Standorten.

19. bis 21. September 2013

Erster dreitägiger Streik in Bad Hersfeld und Leipzig.

25. November 2013

Streiks im Weihnachtsgeschäft in Bad Hersfeld und Leipzig.

16. Dezember 2013

Sechs Tage Streik kurz vor Weihnachten. Auch ein Tag Streik im bayerischen Graben.

31. März 2014

Nach rund drei Monaten Pause wieder Streik in Leipzig.

17. April 2014

Zu Ostern legen Beschäftigte erneut in Leipzig und in Bad Hersfeld die Arbeit nieder.

22. September 2014

ver.di ruft an vier Standorten in Deutschland zu einem zweitägigen Streik auf: in Leipzig und Bad Hersfeld ab der Nachtschicht, in Graben und in Rheinberg in NRW ab der Frühschicht.

27. Oktober 2014

Eine neue Streikwelle beginnt an fünf Amazon-Standorten: Neben Leipzig, Bad Hersfeld, Graben und Rheinberg wird auch Werne in NRW bestreikt.

8. Dezember 2014

Streiks im Weihnachtsgeschäft in Bad Hersfeld und in Leipzig.

16. Dezember 2014

Streiks an sechs Standorten (neu hinzugekommen: Koblenz). An vier Standorten dauern sie bis zum 24. Dezember. 2.700 ArbeiterInnen im Ausstand.

Alle Räder stehen still...

STREIKRECHT: Der Streik der GDL ist ein Kräftemessen um das Streikrecht überhaupt, sein Ausgang betrifft die ganze ArbeiterInnenklasse.

VON OSKAR HUBER

Anfang November erlebte Deutschland den längsten Streik der Bahngeschichte: 75 Stunden Streik im Güterverkehr, 64 Stunden im Personenverkehr. Die BILD schäumte vor Wut auf die „Bahnsinnigen“, fast die gesamte bürgerliche Presse lechzte nach dem Blut des Chefs der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky.

Im Streik geht es um Arbeitsbedingungen und -zeiten, um Löhne, aber vor allem auch um die Organisationsfreiheit der Spartengewerkschaft GDL, die ihr sowohl von der Bahn als auch von Führungen der DGB-Gewerkschaften abgesprochen wird. Noch Anfang November scheiterte die Bahn mit einer Klage gegen die „Verhältnismäßigkeit“ des Streiks.

Deshalb ist der Bahnstreik zum Kampfsymbol für das Recht auf Streik geworden. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Arbeitsministerin Nahles (SPD) verabschiedeten als „Konsequenz“ im Kabinett ein arbeiterInnenfeindliches „Tarifeinheits“-Gesetz, das Minderheitsgewerkschaften die Tariffähigkeit nehmen soll.

Mitte Dezember sprach GDL-Chef Weselsky von einem „Durchbruch“ in den Verhandlungen für das Jahr 2014, zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wird noch verhandelt. Weitere Streiks nach der Winterpause sind möglich. In jedem Fall wird der Ausgang des Kampfes mit über die Kräfteverhältnisse in Sachen Streikrecht entscheiden.

Sparten- gewerkschaften

Dass die Frage des Streikrechts ausgerechnet am Bahnstreik ausgetragen wird, ist kein Zufall. Die Standortvorteile des deutschen Kapitals sind unmittelbar an eine günstige Infrastruktur gebunden. Und gerade in den Sektoren Bahn und Flughafen haben sich starke „Spartengewerkschaften“ etabliert, wie Cockpit oder GDL. Sie sind nicht weniger bürokratisch bestimmt als die DGB-Gewerkschaften: Die Auto-
kratie-Vorwürfe gegenüber ih-

rem Chef Weselsky sind nicht aus der Luft gegriffen, Streikdemokratie ist Fehlanzeige. Aber Weselsky und Co. werden durch ihre besondere Position in eine „kämpferische“, das heißt streikfreundige, Haltung gezwungen. Ihre Berufsverbände haben nicht den Luxus kampffloser Branchentarifbindung, von der Riesen wie IG BCE oder IG Metall noch immer zehren, sondern müssen sich ständig vor den Mitgliedern in ihrer Kampfbereitschaft beweisen – mit Streiks.

Die Spartengewerkschaften ziehen mit dieser Streikfreudigkeit, die sich der kampfflosen „Einheit“ einer brotlosen Sozialpartnerschaft nicht unterwerfen kann, den Zorn einer „ertappten“ DGB-Bükratie auf sich. Dabei halten sie dieser nur den Spiegel des eigenen Versagens vor.

Abnehmende Tarifbindung und Zersplitterung der Tariflandschaft sind Ergebnisse der durch die Bürokratie über Jahrzehnte gehegten Zurückhaltung im Streik, der Hinnahme und Unterstützung von Hartz IV und Zeitarbeitsfirmen. Die großen Industriegewerkschaften IG BCE und IG Metall, jetzt größte Fürsprecherinnen der „Tarifeinheit“, haben den ArbeiterInnen das Streiken fast ganz ausgetrieben. Die EVG-Vorgängerin im DGB, Transnet, führte 2007 eine Anti-Streik-Kampagne gegen die Konkurrentin GDL durch, die ihr jetzt nach den LokführerInnen auch das Boardpersonal abspenstig macht. Nun wollen besonders diese drei Mitgliedsgewerkschaften die störende Konkurrenz faktisch gesetzlich verbieten lassen.

„Sozialpartnerschaft“

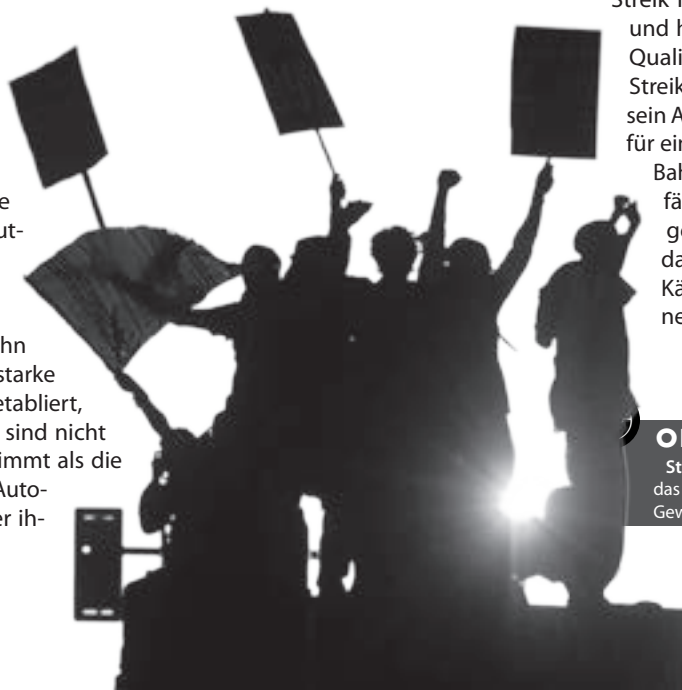
Die Gewerkschaftsbükratie des DGB befinden sich hier in einem Widerspruch, weil sie den Status Quo der Sozialpartnerschaft erhalten wollen, deren materielle Grundlagen aber bröckeln. Erst beim neunmonatigen Streik um Neupack erlebten wir eine IG BCE, die unbedingt Sozialpartnerin sein wollte, aber der Boss spielte einfach nicht mit. Bei der Schließung von Opel Bochum kapitulierte die IG Metall vollends vor der „Standortlogik“ und gab einen Standortpreis, um einen anderen zu „sichern“. Es schimmert an immer mehr Orten durch, dass diese „Partnerschaft“ verrotten ist und endlich begraben werden sollte – das geht aber nur gegen die Bürokratie.

Anders als die Bourgeoisie wollen die BürokratInnen die Klassenverhältnisse nicht neu verhandeln, sondern bis zum Ende verwalten. Die Erosion der Grundlage der „Sozialpartnerschaft“ bekommen jene Gewerkschaften am stärksten zu spüren, die viele prekäre und zersplitterte Belegschaften organisieren, vor allem ver.di, die sich mit NGG und GEW vorsichtig gegen die „Tarifeinheit“ positioniert. Aber nur eine klassenkämpferische und antibürokratische Strömung in den bestehenden Gewerkschaften kann von der Verwaltung des Elends zum Gegenangriff übergehen.

Die Bürgerlichen wollen „politische“ von „ökonomischen“ Streiks trennen, nur um diese Trennung dann mit juristischen Repressalien durchzusetzen. Doch jeder Streik ist ein Kräftemessen der Klassen und hat schon deshalb eine politische Qualität. Besonders gewinnt aber ein Streik an politischer Bedeutung, wenn sein Ausgang das Verhältnis der Klassen für eine längere Zeit mit prägt – wie im Bahnsektor. Wenn die Tarifautonomie fällt, wird es Zwangsschlichtungen geben. Der bürgerliche Staat wird dann die „Verhältnismäßigkeit“ von Kämpfen prüfen, die sich gegen seine Klasse richtet.

ONLINE LESEN...

Stefan Schneider: Der Bahnstreik, das Streikrecht und die Interessen der Gewerkschaftsbükratie.



Generalstreik in Belgien

Rente mit 67? Dagegen legen die ArbeiterInnen die gesamte Wirtschaft des Landes lahm.

VON ALEXEJ PESCHKOW

Alle Züge, Busse und sonstigen Verkehrsmittel standen still am 15. Dezember, als ein 24-stündiger Generalstreik die belgische Wirtschaft lahmlegte. Von vornherein war es das Ziel, dass in keinem Betrieb gearbeitet würde und kein Mensch zu seiner Arbeit kommen sollte. Hierzu wurden auch Straßensperren von ArbeiterInnen errichtet, wodurch ebenfalls nahezu der gesamte private Autoverkehr unmöglich wurde und die Brüsseler Innenstadt un erreichbar war für diejenigen, die trotz allem unbedingt zur Arbeit wollten.

Wie konnte es soweit kommen, dass im reichen Zentrum der EU alle Einrichtungen komplett blockiert wurden und eine ernsthafte Krise der neugebildeten Regierung um den neoliberalen Premierminister Charles Michel entstand? Aufgerufen zu dem Streik hatten nebst vielen kleineren Gewerkschaften besonders die zwei gro-



ßen Gewerkschaftsverbände: einerseits die sozialistische FTGB (*Fédération générale du travail de Belgique*) und der christsoziale CSC (*Confédération des Syndicats Chrétiens*).

Sie bekamen beide infolge der Weltwirtschaftskrise einen Zulauf von 13 Prozent, sodass der Grad an gewerkschaftlicher Organisation der belgischen ArbeiterInnen nun bei über 50 Prozent liegt. Daher

hatten sie die Macht, das gesamte Land zu blockieren, um gegen die Sparpläne zu protestieren. Diese beinhalten u.a. die Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre, eine zehnpromtente Kürzung der Löhne im öffentlichen Sektor, sowie eine vorübergehende Aussetzung der an die Inflationsrate gebundenen Gehälter – womit diese Gehälter nun nicht wie sonst an die steigenden Preise angepasst werden.

Besonders mit der letzten Maßnahme ist klar, gegen wen sich der Angriff wendet: ArbeiterInnen mit niedrigen Löhnen, RentnerInnen, Arbeitslose sowie die Jugend. Doch insbesondere auf die Kampfkraft der ArbeiterInnen aus den alten Industriezentren um Antwerpen und Lüttich ist zu zählen, sodass auch die vorherigen Streiks, samt dem Generalstreik, als Erfolge verbucht werden konnten und massiven wirtschaftlichen Schaden anrichteten – und damit weitere Streiks sehr wahrscheinlich machen.

Generalstreik in Italien

Der Ministerpräsident Matteo Renzi bläst zum Angriff auf die Lohnabhängigen.

VON MARK TURM

Der Ministerpräsident Italiens, Matteo Renzi, versucht, InvestorInnen und die deutsche Regierung von seiner Entschlossenheit zu überzeugen. Diese fordern rasche Reformen zur Senkung des italienischen Staatsdefizits. Renzis aktuelles Projekt – getauft „Jobs Act“ – stellt einen brutalen Angriff auf eine der historischen Errungenschaften der italienischen ArbeiterInnenklasse, den Kündigungsschutz, dar.

Kanzlerin Merkel äußerte sich positiv über diesen „wichtigen Schritt“. Die Abschaffung des Artikels 18 wäre „ein sehr starkes Signal, besonders an die ausländischen Investoren“, dass sich die Politik in Italien auch gegen die Gewerkschaften durchsetzen könne, sagte dazu Giorgio Squinzi, Präsident des UnternehmerInnenverbandes *Confindustria*.

Doch diese Reform geht den Bürokratien der Mehrheitsgewerkschaften CGIL und UIL zu weit, denn der Angriff zielt auf ihre Basis. Der Zankapfel zwischen Regie-

rung und Gewerkschaften ist der Artikel 18 des „Statuts der Arbeiter“ von 1970, der Kündigungen erschwert. Dabei gilt der Artikel 18 nur für ein Drittel der Beschäftigten in Italien – jene in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten. Der Rest der etwa 22 Millionen Beschäftigten in Italien arbeitet in Kleinbetrieben bzw. in Subunternehmen ein und desselben Betriebes mit formell weniger als 15 Beschäftigten. Dies ist das Ergebnis der jahrzehntelang prak-

tizierten Sozialpartnerschaft der italienischen Mehrheitsgewerkschaften, denn sie zeigten kein Interesse, den Artikel 18 auch auf Kleinbetriebe auszudehnen. Folglich genießt ein Drittel der Beschäftigten einen relativ starken rechtlichen Schutz – der Rest ist der Willkür der Bosse ausgeliefert. Nun aber soll auch genau jenes Drittel der Beschäftigten bluten.

Die Gewerkschaften veranstalteten einen Generalstreik am 12. Dezember. In vielen Städten Italiens gab es Demonstrationen und eine offensichtliche Eskalation seitens der Polizei. Jedoch beschränkt sich die Gewerkschaftsbürokratie auf eine Taktik der „Nadelstiche“, also auf kleine, sporadische Streiks, um etwas Dampf aus dem Kessel zu lassen. Viele Sektoren der ArbeiterInnenklasse zeigten aber, dass sie bereit sind, den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen: Über 60 Prozent der Beschäftigten streikten, 1,5 Millionen DemonstrantInnen machten ihrem Ärger auf den Straßen und Plätzen Italiens Luft. Nun geht es darum, dieses Potential auszunutzen.



Eine neue rechte

RASSISMUS: Tausende ReaktionärInnen mobilisieren in Dresden und bundesweit gegen Muslime und Geflüchtete. Was steckt hinter den neuen Mobilisierungen?

VON AARON MEINHARD

„Wir wollen die Ausländer nicht hier haben.“ So klingen die O-Töne in den Medienbeiträgen dieser Tage. Seit dem 20. Oktober hat sich in Dresden eine neue islamfeindliche, chauvinistische Bewegung aufgemacht, das deutsche Regime von rechts aufzumischen und sich einen permanenten Platz in der Öffentlichkeit zu erobern. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) mobilisieren montags regelmäßig einige tausend Menschen gegen „den“ Islam, gegen Geflüchtete und MigrantInnen und gegen die expansive Außenpolitik Deutschlands – kurz vor Weihnachten nahmen sogar knapp 17.500 teil. Nur kurze Auftritte hatte dagegen der Vorbote: die Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) in Köln und Hannover.

In den bürgerlichen Medien herrscht dabei eine gewisse Ratlosigkeit. Woher kommt PEGIDA? Sind das alles Nazis – oder sollten ihre „Ängste und Sorgen“ ernst genommen werden? Auch die radikale Linke stellt sich Fragen: Gibt es einen neuen Faschismus in Deutschland oder verbinden sich hier „nur“ bereits existente Nationalkonservative mit faschistischen Gruppierungen und Strömungen?

KleinbürgerInnen ratlos

Freilich geht es an der Wurzel nicht um den Islam – gerade in Sachsen mit einer absolut marginalen muslimischen Bevölkerung. Tatsächlich gewinnt antiislamischer Chauvinismus über die Kreise strammer FaschistInnen hinaus angesichts existierender „Ängste und Sorgen“ an Attraktivität.

Die soziale Basis der PEGIDA-Proteste ist nicht einheitlich, jedoch vor allem von KleinbürgerInnen geprägt. Das KleinbürgerInnenentum umfasst verschiedene Schichten zwischen den Klassen, die sich (z.B. durch den Besitz ihrer eigenen bescheidenen Produktionsmittel) als materiell Bessergestellte an der politischen Führung des Großbürgertums und seinem Lebensstil orientieren. Doch aufgrund derselben materiellen Stellung schwanken sie zwischen dem erhofften sozialen Aufstieg und dem befürchteten Abstieg – und legen deswegen ein oft irrationales Bewusstsein an den Tag.

Dabei ist die Angst vor dem sozialen Abstieg und den Ver-

werfungen des krisengeschüttelten Kapitalismus keineswegs unbegründet. Bereits heute sind bedeutende Teile der ArbeiterInnenklasse durch die Folgen der Hartz-Reformen und die voranschreitende Prekarisierung in die Misere gestürzt. Im beginnenden siebten Jahr der weltweiten Krise ist keine Erholung der Kaufkraft und des Binnenmarkts in Sicht. Via Rentensenkungen und Mieterhöhungen ist das deutsche KleinbürgerInnenentum materiell von besonderen Härten betroffen. Die Antworten der Großbourgeoisie auf die Krise können es nicht glücklich machen, müssen sie doch für die Kosten der Währungsrettung und die Sanierung ganzer Nationalökonomien mit aufkommen, profitieren aber selbst nicht von der neu gewonnenen Hegemonie des deutschen Kapitals.

Dazu gesellt sich eine Un- und Umordnung der politischen Repräsentation dieser Schichten. Die AfD hat sich als eine Verteidigerin ihrer neu erwachten protektionistischen Bedürfnisse angeboten. Nach einer relativen Stabilisierung der Eurozone und aufgrund der Tatsache, dass die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie recht geschlossen hinter Merkel stehen, hat sich die Bedeutung der AfD vor allem in Richtung eines organisatorischen und elektoralen Ausdrucks der chauvinistischen Tendenzen der von Deklassierung bedrohten KleinbürgerInnen verschoben. Dabei ist hervorzuheben, dass PEGIDA und die AfD als deutsche Variante einer europaweiten Welle des erstarkenden Rechtspopulismus und Chauvinismus erst relativ spät die politische Bühne betreten haben.

Das bundesdeutsche Regime geht im Moment noch auf Distanz zu PEGIDA. Zwar gibt es zaghafte Rufe nach „Verständnis“ für die Ängste der TeilnehmerInnen vonseiten der CDU und Dialogangebote von CDU und Grünen. Doch der Großteil der IdeologieproduzentInnen verurteilt die Xenophobie und weist auf die Rolle von FaschistInnen in der Organisation hin.

Der sozialdemokratische Arm des deutschen Kapitalismus organisiert bereits alibimäßige Betroffenheitsveranstaltungen. Denn tatsächlich braucht das deutsche Kapital noch lange keine militante, faschistische Bewegung und möchte verhindern, dass sich aus PEGIDA und Konsorten unkontrolliert eine solche entwickelt. Außerdem ist ihm der isolationistische Charakter der Bewegung ein Dorn im Auge.



Bewegung?

Antislamischer Chauvinismus

Die Positionierung gegen Muslime, ob ganz offen oder unter dem verschleiernenden Begriff des „Islamismus“, ist Grundlage der Politik von breiteren Sektoren in Deutschland – sichtbar an der medialen Stimmungsmache gegen die vermeintliche islamische Gefahr unter Stichworten wie „Parallelgesellschaften“ oder „Ehrenmorde“. Der Islamophobie als Werkzeug bedient sich auch der deutsche Imperialismus: Mit demagogischen Mitteln soll von den eigenen Verbrechen abgelenkt, sollen imperialistische Militäreinsätze legitimiert und zudem ein Spaltkeil zwischen die Unterdrückten getrieben werden, um den gemeinsamen Kampf zu erschweren.

Auf diesem Boden wächst PEGIDA und sucht sich also, wie sein kleinerer und gewalttätigerer Bruder HoGeSa, mit dem Islam ein Thema aus, das für die Argumentation der Großbourgeoisie und Sozialdemokratie einen Schwachpunkt darstellt. Für ihre Außenpolitik (Afghanistan, Syrien) und für ihre Innenpolitik (Abschiebungen, gesetzliche Diskriminierung) kann das Regime eine gewisse islamophobe Komponente brauchen. Für das Kapital selbst ist die Lage noch nicht problematisch genug, damit eine große Offensive nötig wäre. Aber das – von den Herrschenden geschürte – Verlangen genau danach erfüllt PEGIDA. Dem kann das Regime nur we-

nig entgegengesetzten, ohne seine eigenen Anliegen zu gefährden.

Auch die Mobilisierungen gegen Neueröffnungen von Lagern für Geflüchtete sind nicht etwa allein Produkt marginaler faschistischer Agitation. Die „Heime“ werden nicht zufällig in Gebieten errichtet, in denen besondere Misere und Perspektivlosigkeit herrschen. Hierbei ist festzuhalten, dass die Refugeebewegung, obwohl sie die kämpferischste soziale Bewegung der letzten Jahre darstellte, eine systematische Niederlage erfahren hat. Die Medienhetze, die dazu nötig war, hat rassistische Ressentiments gestärkt. Dennoch formiert sich aus ihr heraus gerade jetzt der entschlossenste Widerstand gegen die rassistischen Mobilisierungen.

Was wird kommen?

Es bleibt zu erwarten, in welche Richtung sich PEGIDA und die rassistischen Mobilisierungen im gesamten Bundesgebiet entwickeln werden. Schon jetzt nutzen FaschistInnen die allgemeine Stimmung, um physische Angriffe auf Geflüchtete zu starten. Umso wichtiger sind eine klare Politik gegen jede Form des kleinbürgerlichen Chauvinismus und der Aufbau einer starken ArbeiterInnenbewegung, die allein fähig sein wird, die FaschistInnen zu stoppen.

Wie besiegen wir die FaschistInnen?

Tausende hetzen zurzeit auf Deutschlands Straßen gegen MigrantInnen. Im Kielwasser dieser Bewegungen nimmt auch Gewalt gegen Geflüchtete wieder zu. Schon länger stellt sich die Frage, wie antirassistische und antifaschistische Politik aussehen müssen, wenn es sich bei den Protestierenden nicht (nur) um offene Neonazis handelt, sondern um eine breite Bewegung, die bis in die häufig beschworene „Mitte der Gesellschaft“ reicht. Wie können PEGIDA und Co. gestoppt werden, damit sie sich nicht in eine neue militante faschistische Bewegung auf den Straßen verwandeln?

Der russische Revolutionär Leo Trotzki beschrieb in den dreißiger Jahren den Faschismus als das Produkt enormer Reibungen im Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Das KleinbürgerInnen-tum fürchtet in dieser Auseinandersetzung den sozialen Abstieg, verbündet sich mit den Ausgestoßenen und Deklassierten. Sie bilden paramilitärische Banden, die Jagd auf die Unterdrückten, die ArbeiterInnen und

deren Organisation machen. Letztlich wird der Faschismus genutzt, um den Kapitalismus zu retten und zu sanieren, wenn nichts anderes mehr nützt.

Die rassistischen Mobilisierungen der letzten Wochen und Monate sind freilich noch lange nicht so weit, dem Kapital als eine Option zur Niederhaltung der Unterdrückten zu erscheinen. Im Gegenteil stehen die isolationistischen Forderungen von PEGIDA im Gegensatz zum wichtigsten Projekt des deutschen Großkapitals, der Dominanz in Europa. Nichtsdestotrotz ist PEGIDA ein Ausdruck des absteigenden KleinbürgerInnen-tums.

Es ist deshalb notwendig, schon jetzt ein kohärentes Programm zu entwickeln, das die Stärkung dieser chauvinistischen Bewegung verhindert. Dazu ist es zentral, der sozialen Krise zu begegnen, die die Grundlage dieser Mobilisierungen darstellt, indem die Angriffe der Herrschenden in Deutschland und ganz Europa abgewehrt werden.

Die ArbeiterInnenbewegung muss also dafür gewonnen werden, eine Antwort auf die Krise und PEGIDA als

ihr Produkt zu finden. In den Betrieben und in den Gewerkschaften muss die rassistische und chauvinistische Ideologie bekämpft werden, die die vereinte Kampfkraft der ArbeiterInnen schwächt: Statt Protesten gegen Geflüchtete, die angeblich „die Sozialsysteme ausnutzen“, sind gemeinsame Kämpfe von KollegInnen unabhängig von Pass und Aufenthaltsstatus nötig.

Die kämpfenden KollegInnen von Amazon im hessischen Bad Hersfeld haben sich bereits an Blockaden gegen den Kasseler Ableger von PEGIDA beteiligt: Welche Möglichkeiten würden sich dem antifaschistischen Kampf eröffnen, wenn Klassenbewusste ArbeiterInnen ihre ökonomische Macht beisteuerten?

Es ist also wichtig, eine starke ArbeiterInnenbewegung aufzubauen. Sie allein kann ein Programm aufstellen, das den FaschistInnen die Kraft nimmt und auch seiner kleinbürgerlichen Basis einen Weg jenseits der faschistischen Demagogie aufzeigt: Das Programm der sozialistischen Revolution, die den Kapitalismus endgültig besiegt. *am*

Können wir?

SPANISCHER STAAT: Viele Linke sehen die neue Partei PODEMOS als ein Vorbild für ganz Europa. Was steckt dahinter?

VON PETER ROBE

PODEMOS („Wir können“) heißt die vor weniger als einem Jahr gegründete Partei im Spanischen Staat. Aktuell liegt sie mit 28 Prozent in den Umfragen vorne. Wie SYRIZA in Griechenland hat PODEMOS Hoffnungen in breiten Teilen der Bevölkerung geweckt. Doch was kann PODEMOS wirklich?

Professorale Antwort

PODEMOS ist eine Schöpfung von AkademikerInnen, die in den 80er Jahren mit dem Glauben an einen aufsteigenden Kapitalismus im Spanischen Staat aufgewachsen sind. Mit ihrem Bildungsgrad fühlten sie sich geradezu berufen, die Gesellschaft anzuführen – doch professionelle PolitikerInnen blockierten ihren Weg. Deshalb rufen sie so laut nach „Demokratie“. Gleichzeitig wollen sie die politische Macht in den Händen von „ExpertInnen“, das heißt sich selbst, wissen. An der Spitze dieser Führungsriege steht Pablo Iglesias, Professor an der Universidad Complutense de Madrid und Leiter der Online-Show „La Tuerka“. Bei den Europawahlen im Mai bekam PODEMOS mit 1,2 Millionen Stimmen fünf Abgeordnete und wuchs seitdem stetig.

Dieses überraschende Ergebnis und die darauffolgende Entwicklung findet im Rahmen einer organischen Krise des spanischen Kapitalismus statt: Während die Auswirkungen der Krise weiter anhalten, werden das gesamte Regime, seine zwei klassischen Parteien und seine Institutionen – wie der Zentralstaat und die Monarchie – hinterfragt.

Millionen haben in den vergangenen Jahren gegen die Konzerne und ihre PolitikerInnen protestiert und zu einem gewaltigen Linksruck der Gesellschaft beigetragen. Doch die massiven Mobilisierungen waren nicht imstande, die Spariktate aufzuhalten. Nun ist das Zentrum der Aufmerksamkeit von den „Plätzen“ zur Politik übergegangen.

Iglesias' „Demokratie“

„Zirkel“ nennen sich die Basisgruppen, in denen sich die PODEMOS-Aktiven organisieren. Doch sie haben kaum Einfluss auf die Entwicklung der Partei. Unter den

mehr als 200.000 „Eingeschriebenen“ wird durch das interne Online-Abstimmungsverfahren nicht zwischen aktiven und passiven Mitgliedern unterschieden. Pablo Iglesias besitzt durch seinen Medien Einfluss die vollständige Kontrolle. Die Vorbereitung des Gründungskongresses im Oktober hatten er und seine Getreuen in der Hand. So wurden sie und ihr Programm, zwar mit Gegenstimmen von der Basis, aber ohne große Gegenwehr, gewählt.

Von dieser Position aus konnte die Iglesias-Gruppe der einzigen potentiellen Opposition, *Izquierda Anticapitalista* (IA,



spanische Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale), einen harten Schlag versetzen: Ihnen wurde wegen Partei-Doppelmitgliedschaft das passive Wahlrecht entzogen. Nachdem diese Strömung bei der Gründung von PODEMOS entscheidende Hilfe geleistet hatte, wird sie nun zur Seite geschoben. Als Antwort darauf löste die IA-Führung ihre Organisation offiziell auf und gründete sie als Bewegung *Anticapitalistas* (hinter dem Rücken ihrer Basis) neu – eine Kapitulation vor dem undemokratischen Führungskurs von Iglesias.

Die Verbindungen einiger Köpfe von PODEMOS mit den „post-neoliberalen“ Regierungen Lateinamerikas (besonders Venezuela und Bolivien) drücken sich direkt in der Organisation aus. Die „kleinen und mittleren Unternehmen“ bilden in diesem „realistischen“ Konzept den „Motor der spanischen Wirtschaft“. Ihr

Programm besteht in der „Demokratisierung“ des imperialistischen Kapitalismus Spaniens. Pablo Iglesias freut sich über die Zustimmung aus Teilen der Bourgeoisie – selbst die *Financial Times* meint, dass der von Iglesias als „sozialdemokratisches Programm für die Leute“ bezeichnete Plan der beste Ausweg aus der Schuldenkrise ist.

„weder links noch rechts“

Iglesias hat zwar eine harte Kritik an der von ihm so genannten „politischen Kaste“, die mit dem Großkapital verschmolzen ist, populär gemacht. Doch seine Perspektive ist die Regierungsübernahme durch eine „fortschrittliche Regierung“, die nach Selbstbeschreibung „weder links noch rechts“ ist. Nicht ohne Grund lobte Iglesias kürzlich „einiges“ am bruchlosen Übergang von der Diktatur im Jahr 1978 und stellt sich nicht auf die Seite der katalanischen Massen in ihrer Forderung nach der Unabhängigkeit vom Zentralstaat.

Ein solches Projekt bietet keinen Ausweg für die ausgebeuteten Massen, sondern nur für den angeschlagenen spanischen Kapitalismus, dessen Interessen unter PODEMOS unangetastet bleiben sollen. Die kämpfenden Sektoren im Spanischen Staat erwarten mehr: Die langen Streiks der ArbeiterInnen von Panrico und Coca-Cola 2013/14, die Kämpfe der Frauenbewegung für körperliche Selbstbestimmung, die Bewegung des katalanischen Volkes, das vergangenes Jahr mit einem Pseudo-Referendum abgespeist wurde – sie alle verlangen nach einer Lösung der sozialen Probleme des Landes.

Unsere Schwestersektion *Clase contra Clase* (CC) in der Trotzlistischen Fraktion geht deshalb von offenen demokratischen Forderungen wie dem Ende der Monarchie und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aus. Sie verbindet sie aber mit der Forderung nach einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung mit der Perspektive einer ArbeiterInnenrepublik auf der iberischen Halbinsel. Dieses Programm ist notwendig in der Vorbereitung auf einen neuen Aufstieg des Klassenkampfes, der sich schon jetzt ankündigt.



ONLINE LESEN...

Josefina Martinez: Mit Podemos von der „Illusion des Sozialen“ zur „Illusion des Politischen“
Diego Lotito: Alle Macht an Pablo Iglesias
Clase Contra Clase: www.clasecontraclase.org

VON VICTOR JALAVA

Die Geschichte der zum Trotzismus gezählten Strömungen ist voll mit politischer Verlegenheit. Der vergleichsweise geringe Einfluss und die Attacken der politischen GegnerInnen haben TrotzistInnen mehrfach dazu gebracht, ihr revolutionäres Programm zu verbiegen, zu verbergen oder endgültig zu verlassen. Eine der jüngeren Entwicklungen dieser Art war die Gründung der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA, *Nouveau Parti Anticapitaliste*) im Jahr 2009 in Frankreich. Zuerst von vielen, nicht nur trotzkistischen, Strömungen gefeiert und nachgeahmt, befindet sie sich seitdem im Niedergang.

Post-Trotzkismus

Als im Jahr 2008 die *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR, französische Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale) sich entschloss, ihre Organisation aufzulösen und eine neue, nicht-trotzkistische Partei zu gründen, zog sie damit eine Schlussfolgerung aus ihren Wahlerfolgen bei den Präsidentschaftswahlen. Der Briefträger Olivier Besancenot hatte 2007 beeindruckende 1,5 Millionen Stimmen erhalten und einen großen Bekanntheitsgrad erreicht. Um den über die Wahlurnen hergestellten Kontakt dafür zu nutzen, aus dem Dasein als kleine Organisation herauszukommen, lancierte man die Gründung einer politisch breiten Partei.

Eine neue Partei, links von den alten reformistischen Parteien, der Kommunistischen und vor allem der (sozialdemokratischen) Sozialistischen Partei. Dabei gab sich die LCR alle Mühe, den „Stallgeruch des Trotzismus“ loszuwerden: „diese [neue] Partei kann nicht die LCR sein. Sie besitzt eine historische Prägung, den Trotzismus, und sie ist das Produkt einer bestimmten [...] Vorstellung von dem, was eine Organisation der radikalen Linken ist. Deshalb kann die LCR [...] keine passende Antwort sein“, schrieb Guillaume Liégard, Führungsmitglied der LCR und ihrer internationalen Strömung¹.

Doch die Schlussfolgerung war falsch. Die NPA erwies sich gerade wegen ihrer politischen Beliebigkeit als unfähig, effektiv in den Klassenkampf einzugreifen. In den Kämpfen, wie zum Beispiel bei der Streikwelle gegen die Rentenreform 2010, konnte die NPA oft keine vorantreibende Rolle spielen und stellte keine Alternative zu den Gewerkschaftsführungen

Am Wendepunkt?

FRANKREICH: Auf dem NPA-Kongress Ende Januar könnte sich der revolutionäre Sozialismus in Frankreich erneuern.

dar. Diese Unfähigkeit, den kämpfenden ArbeiterInnen eine konsequente Politik anzubieten, wurde noch verstärkt, als auf der politischen Bühne die *Parti de Gauche* (Linkspartei) als Abspaltung von der Sozialistischen Partei entstand und sich mit der Kommunistischen Partei zur *Front de Gauche* (Linksfront) verband.

Die Linksfront schob die NPA nicht nur beiseite, sie übte geradezu einen Sog auf die Partei der antikapitalistischen Beliebigkeit aus. Die Frage, die von der Führungsmehrheit der NPA seitdem diskutiert wird, ist: Wie soll man mit der Linksfront zusammengehen? Rechtere Teile der NPA



Olivier Besancenot

verließen die Partei nach und nach in Richtung Linksfront. Die Unfähigkeit der NPA, eine klare revolutionäre Alternative zum allgemeinen Links-Sein aufzuzeigen, führte zu einer fortwährenden Krise. Nach fast 10.000 Mitgliedern zur Gründung 2009, erscheint es heute sogar unklar, ob noch 1000 GenossInnen für den kommenden Kongress abstimmen.

Der dritte Kongress

Zum dritten Kongress der NPA Ende Januar treten fünf verschiedene politische „Plattformen“ an, die miteinander konkurrieren. Die traditionelle Führungsmehrheit hat sich in zwei „weiter so“-Plattformen gespalten, von der die rechtere (Plattform 1) knapp die Nase vorn hat. Das neue, wichtige an der aktuellen Situation der NPA ist nun, dass dieser Kongress endlich eine entscheidende Wende für die Entwicklung der Partei bringen kann. Diese Möglichkeit

verwirklicht sich in der Plattform 3, die in der Vorabstimmung in der Leitung mit 24 von 71 Stimmen nur drei Stimmen hinter der führenden Plattform 1 lag.

Die Plattform 3 bildet den Gegenpol zur historischen Führung und politischen Linie der NPA. Mit unseren GenossInnen von der Revolutionär-Kommunistischen Strömung (CCR) und der Strömung Antikapitalismus und Revolution (A&R) bietet sie eine selbstbewusste trotzkistische Perspektive an. Das heißt, sie steht für die Zentralität der ArbeiterInnenklasse und ihrer Kämpfe, für die notwendige Verankerung der Partei in Schulen und Universitäten, vor allem aber in den Betrieben, für ein internationalistisches Programm der klaren politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse.

Kurzum: Plattform 3 steht für eine revolutionäre Partei, die sich nicht auf politische Blöcke mit der Linksfront einlässt, sondern sie – und die Gewerkschaftsbürokratie – politisch bekämpft, auch durch die Zusammenarbeit in Einheitsfronten. Die zwischen uns und der bisherigen Führung polarisierte Situation ist neu. Darin stellt sich die Existenz der kleinen Plattformen 4 und 5 als möglicherweise verhängnisvoll dar. Die jeweils eigenständigen Plattformen der *Tendance CLAIR* und der *Fraktion l'Étincelle* (Schwestergruppe der deutschen SAS), die eigentlich beide politisch zu unserem Pol gehören sollten, könnten der rechten Plattform 1 zum Siege verhelfen. Dabei sollte eine „Fraktion“ um die Führung kämpfen und in Grundsatzfragen eben nicht den Abstand zueinander suchen. Noch besteht die Möglichkeit des Zusammengehens und damit der Verbesserung der historischen Chance, die NPA zu einer politischen Alternative zu machen, die sich nicht von Wahlerfolgen blenden lässt, sondern die Kämpfe der ArbeiterInnen und der Jugend vorantreibt.



Plattform 1



Plattform 2



Plattform 3



Plattform 4



Plattform 5



ONLINE LESEN...

RIO: Frankreich brennt! (Broschüre)

Plattform 3: Eine revolutionäre NPA aufbauen!
 Courant Communiste Révolutionnaire:
www.ccr4.org/Plateforme-3-Congres-2015,33

1. Guillaume Liégard: Neue Antikapitalistische Partei – ein vielversprechender Anfang. In: Inprekorr Nr. 450/451. <http://www.inprekorr.de/450-frankr.htm>.

Kobanê: Das Mad

Der Vergleich zwischen Spanien 1936 und Rojava 2014: Die Grenzen der Volksfrontpolitik

VON ALEXEJ PESCHKOW UND BARAN SERHAD

„Halt stand, freies Kobanê!“ Nicht selten wird in der Linken so auf den Kampf der KurdInnen gegen den „Islamischen Staat“ (IS) Bezug genommen. Den spanischen BürgerInnenkrieg 1936-39 gegen die faschistischen Truppen Francos unterstützte die internationale Linke mit der Parole „Halt stand, rotes Madrid!“. Viele fragen sich: Müssen wir nicht Rojava unterstützen wie damals die Spanische Republik?

Doch hält die Analogie einer genaueren Betrachtung stand? Was passierte damals in Spanien und was bedeutet es heute für Rojava?

Der BürgerInnenkrieg in Spanien

Der spanische BürgerInnenkrieg begann am 17. Juli 1936 in der damaligen spanischen Kolonie Marokko – als der General Franco das Militär zum Putsch aufrief. Der Staatsstreich gegen die im Februar 1936 gewählte republikanische Volksfront wurde jedoch zunächst in vielen Teilen Spaniens durch eine Mobilisierung der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen zurückgeschlagen.

Der 17. Juli war nur der Höhepunkt eines längeren revolutionären Prozesses, der bereits fünf Jahre zuvor den König Alfons XIII. zum Rücktritt gezwungen hatte. Im Zuge der Mobilisierungen gegen den Putsch begannen die Massen mit der Übernahme der Betriebe. Mit revolutionärem Elan wurde mit der entschädigungslosen Enteignung und Kollektivierung der Fabriken und Ländereien begonnen, um die gesamte Wirtschaft dem Kampf gegen den Faschismus unterzuordnen. Alle ArbeiterInnenorganisationen bildeten Milizen. Die KapitalistInnen und GroßgrundbesitzerInnen waren am Boden, die spanische Revolution in vollem Gange.

Trotz anfänglicher Erfolge war dieser heldenhafte Widerstand nicht erfolgreich. Ende März 1939 marschierten die faschistischen Truppen in Madrid ein. Damit endete der spanische BürgerInnenkrieg in einer Niederlage. Warum konnte er nicht gewonnen werden?

Die Volksfront

Die spanische Republik hatte Hilferufe in die ganze Welt geschickt. Freiwillige

aus vielen Ländern schlossen sich zu den „Internationalen Brigaden“ zusammen, um die Republik zu verteidigen. Doch die „demokratischen“ Großmächte wie Großbritannien und Frankreich haben der spanischen Republik keine Waffen geliefert. Denn in Spanien fand nicht bloß ein „antifaschistischer“ Kampf statt, sondern eine soziale Revolution, welche die Herrschaft der KapitalistInnen bedrohte. Und die kapitalistischen Regierungen konnten sich leichter mit einem faschistischen Putsch als mit einer sozialistischen Revolution anfreunden. Nicht umsonst erkannten die USA etwa Franco an, nur drei Tage nachdem Madrid gefallen war. Und Frankreich und Großbritannien, die beiden angeblich „demokratischen“ Regierungen? Die taten das schon vorher!

Die republikanische Regierung, unter maßgeblichem Einfluss der stalinistischen kommunistischen Partei, hoffte bis zuletzt auf die Unterstützung der „demokratischen“ Großmächte. Diese Regierung war eine Volksfront, das heißt sie setzte auf ein Bündnis zwischen den ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen mit den „demokratischen“ Teilen der Bourgeoisie. Deswegen kämpfte die Volksfront gegen den Faschismus, aber noch entschlossener gegen die Revolution im Hinterland. Dazu bediente sie sich auch des sowjetischen Geheimdienstes, der RevolutionärInnen folterte und ermordete.

Die republikanische Volksfront verlor nicht deshalb den Krieg gegen die faschistischen Truppen, weil ihr die Waffen aus London oder Paris fehlten. Die Volksfront opferte den revolutionären Elan der Massen für einen Pakt mit der Bourgeoisie. So hat die republikanische Armee Betriebe und Ländereien gewaltsam privatisiert. Infolge dessen wurden die revolutionären Tendenzen der Massen vernichtet. Ebenso wurden die Internationalen Brigaden bereits November 1938 aus Spanien abgezogen – obwohl noch über ein Drittel des Kampfgebietes in republikanischer Hand war!

Im russischen BürgerInnenkrieg von 1918-21, der nach der Oktoberrevolution stattfand, konnten die Bolschewiki die Konterrevolution besiegen, weil die Bauern/Bäuerinnen die revolutionäre Landreform verteidigten. Leo Trotzki zog später eine Analogie zu Spanien: Vor der Oktoberrevolution waren die Bolschewiki zwar bereit, gemeinsam mit der bürgerlichen Regierung gegen den reaktionären Putsch General Kornilows zu kämpfen. Doch sie blieben von der Regierung unabhängig und konnten so den sozialistischen Umsturz vorbereiten. Für Trotzki war die politische Klassenunabhängigkeit entscheidend: „Was uns interessiert ist nicht der militärische Sieg an sich, sondern der Sieg der Revolution, d.h. der Sieg einer Klasse über die andere.“

Der BürgerInnenkrieg in Syrien

Im Jahr 1936 war in Spanien bereits ein tiefgehender revolutionärer Prozess im Gang und der antifaschistische Widerstand nur der Höhepunkt von jahrelangen Kämpfen der ArbeiterInnenbewegung. In Syrien dagegen ist der BürgerInnenkrieg eine Konsequenz des Abbruchs der Massenmobilisierungen im Jahr



Wie wird unsere Zukunft?

2011. Diese Mobilisierungen hatten das Ziel, das korrupte und diktatorische Assad-Regime zu stürzen. Da es aber keine relevante revolutionäre Kraft gab, ordneten sich die bürgerlichen Protestführungen den imperialistischen und regionalen Mächten unter. Die imperialistische Einmischung und die Repression der Assad-Diktatur führten zu einer Militarisierung der Proteste und so verwandelte sich die Massenbewegung in Syrien in einen reaktionären StellvertreterInnenkrieg.

Weiterhin ist die ökonomische Grundlage der beiden Länder vollkommen unterschiedlich: Spanien war und ist ein imperialistisches Land, mit unterdrückten Nationen im Inneren und damals mit der Kolonie Marokko. Im Gegensatz dazu ist Syrien abhängig von den imperialistischen Mächten sowie militärisch vor allem von Ländern wie Russland und Iran, besonders was den Nachschub an KämpferInnen und Kriegsausrüstung angeht.

Die Grenzen der Volksfront

Dennoch ist die Analogie zwischen Madrid und Kobanê aufschlussreich: Die ArbeiterInnen in Spanien hätten niemals auf die Interessen der „antifaschistischen“ bürgerlichen Parteien oder des Imperialismus Rücksicht nehmen dürfen. Nur eine ArbeiterInnenregierung im Bündnis mit den Bauern/BäuerInnen mit der Enteignung und Kollektivierung der gesamten Wirtschaft, in Form einer sozialistischen Revolution, hätte dem Faschismus seine soziale Grundlage entziehen können. Die etappistische stalinistische Politik – mit der Formel: „Zuerst den Krieg gewinnen“ – brachte weder Sieg noch Revolution.

Die Schlussfolgerung für Kobanê ist, dass wir hier und heute für den Aufbau einer revolutionären Partei kämpfen müssen. Da aber keine revolutionäre Kraft in der Region vorhanden ist, suchen viele linke Strömungen die politische Einheit mit der kurdischen Partei PYD. Ist das eine sinnvolle Taktik?

Die Grenzen des Modells von Rojava

Es wäre kurzfristig, eine fortschrittliche Perspektive in Rojava auf die militärische Niederlage des IS zu beschränken. Die militärische Frage von einer sozialistischen Perspektive abzulösen bedeutet letztendlich unter dem Banner des „Antifaschismus“ die bürgerliche Demokratie in Schutz zu nehmen. Der wesentliche Grund für die Stärkung des IS liegt darin, dass der „Arabische Frühling“ mit seinem liberal-demokratischen Programm sich in einer Phase der voranschreitenden Konterrevolution – also im „Herbst“ – befindet. Die Vorstellung, es könnten in armen und vom Imperialismus abhängigen Ländern liberale Demokratien etabliert werden, ist erneut gescheitert. Die politische Unterordnung der ArbeiterInnenklasse unter bürgerliche Führungen führte diese Bewegungen in eine Sackgasse. Der Aufschwung des IS ist nicht getrennt von der verpassten revolutionären Situation in der gesamten Region zu sehen. Wir MarxistInnen analysieren den Krieg als die Fortsetzung der Politik unter besonderen Bedingungen.

In diesem Kontext ist der Kurs von der PYD und ihrer Schwesterpartei PKK, die unter dem Banner des „demokratischen Konföderalismus“ die Perspektive der Klassenunabhängigkeit und die Diktatur des Proletariats ablehnen, zu betrachten. Die Selbstverwaltung in Rojava hat verschiedene fortschrittliche Elemente, was die Frauenrechte, das Bildungssystem und die Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten angeht. Doch in den

Selbstverwaltungskomitees ist weder von Ämterrotation noch Abwählbarkeit die Rede. Vor allem aber bedeutet die diffuse Klassenzusammensetzung der „Räte“ die Unterordnung des Proletariats und der armen Landbevölkerung. Die Artikel 38 bis 42 im Gesellschaftsvertrag von Rojava enthalten den Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Gleichzeitig beteiligt sich die PYD an der imperialistischen Allianz gegen den IS. Doch der Imperialismus selbst trägt die Hauptschuld für den Terror des IS, da er die Region seit mehr als 100 Jahren brutal unterdrückt. Leider erlaubt die PYD den Imperialisten, sich nun als „Retter“ darzustellen, und gleichzeitig dem IS, ihr zutiefst reaktionäres Programm als „antiimperialistisch“ zu verkaufen. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist die langersehnte Durchbrechung der Grenze zwischen Syrien und dem Irak, welche infolge des so genannten Sykes-Picot-Abkommens seit dem Ende des Ersten Weltkriegs das koloniale Erbe verkörperte. Diese Grenze wurde quasi mit dem Lineal zwischen den damaligen Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien gezogen.

Revolutionäre Perspektiven

Die Regierung von Rojava ist eine Volksfront. Ähnlich wie die Regierung der spanischen Republik verspricht sie, nach dem militärischen Sieg über die Reaktion tiefgehende Reformen durchzuführen. Werden diese Reformen jemals kommen, wenn sich die Regierung auf „fortschrittliche“ KapitalistInnen stützt? Eine revolutionäre Politik in Rojava – die Enteignung der Betriebe und Ländereien und die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen und der Bauern/BäuerInnen – würde eine riesige Ausstrahlungskraft auf die Massen der Region haben, auch in den vom IS beherrschten Gebieten. Doch ein solches Programm kann niemals im Bündnis mit den ImperialistInnen, nur im Kampf gegen sie durchgesetzt werden.

Im Spanischen BürgerInnenkrieg kämpften die Bolschewiki-LeninistInnen in erster Reihe gegen die faschistischen Truppen. Doch dabei gaben sie der bürgerlichen Regierung keinerlei politische Unterstützung. Stattdessen traten sie für die Klassenunabhängigkeit ein, um die sozialistische Revolution durchzuführen und den Faschismus zu besiegen. Ähnlich unterstützen wir heute mit voller Kraft den Widerstand der KurdInnen gegen den IS. Doch statt des kleinbürgerlichen Paradigmas der PYD brauchen wir eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnen und Unterdrückten – in Rojava, im Nahen Osten und weltweit.



Ein Staat am Abgrund

MEXIKO: Das Verschwinden von 43 Lehramtsstudierenden aus dem Bundesstaat Guerrero und die darauf folgenden massiven Jugendproteste markieren ein Vorher und Nachher.

VON PETER ROBE

Am 26. Januar werden es vier Monate sein, die die mexikanische Bevölkerung auf ein Lebenszeichen der 43 verschwundenen LehramtsstudentInnen aus Ayotzinapa wartet. Die Unzufriedenheit steigt. Bei einem Generalstreik am 20. November demonstrierten eine halbe Million Menschen in Mexiko-Stadt. War in den ersten Wochen der Bewegung der zentrale Schlachtruf noch „*Lebendig wurden sie uns genommen, lebendig wollen wir sie wieder haben!*“, erschallen nun aus dem ganzen Land die Rufe: „*Es war der Staat!*“ und „*Peña Nieto soll gehen!*“

Zuerst waren es die Angehörigen und die KommilitonInnen aus Ayotzinapa, die sich auf die Suche nach ihren FreundInnen begaben und dabei ein Meer an Gräbern rund um Iguala fanden. Hinter dem Verschwinden der 43 steckt ein von Drogenkrieg, Frauenmorden, Korruption und imperialistischer Unterwerfung begabtes Mexiko.

Politische Krise

Die danach entstandene Bewegung setzte die Regierung unter Druck. Die zentralen Parteien – die Partei der Institutionellen Revolution (PRI), die Partei der Nationalen Aktion (PAN) und die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) – sind alle mit der Korruption und dem Drogenhandel verbunden und werden nun infrage gestellt. Zu Beginn der Regierung von Peña Nieto startete das Triumvirat aus PRI-PAN-PRD mit dem „Pakt für Mexiko“ einen Generalangriff auf die Lebensbedingungen der Massen, was sich in einer Bildungsreform und der Privatisierung des staatlichen Ölkonzerns Pemex ausdrückte.

Doch lange konnte diese reaktionäre Offensive, die einen neuen Zyklus der Unterwerfung Mexikos unter den US-Imperialismus und die Schwächung der kämpferischen Sektoren der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend zum Ziel hatte, nicht anhalten. Das Regime von PRI-PAN-PRD befindet sich in einer Hegemoniekrise, einem Bruch zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten, in der weder die traditionelle Politik der Bourgeoisie einfach so weitergeführt werden kann, noch autoritäre Maßnahmen ausreichen, die Hunderttausenden von den Straßen zu holen.



Das Massengrab Mexiko

Seit der Unterzeichnung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) am 1. Januar 1994 erlebte das Land zwei Jahrzehnte brutalster Unterwerfung unter die Diktate Washingtons. Dies verschärfte sich nur mit dem Aufstieg der PAN zur Regierungspartei im Jahre 2000 und drückte sich in der Militarisierung des Landes unter dem Deckmantel der „Bekämpfung der Drogenkartelle“ aus.

Die Drogenkartelle agieren wie multinationale Konzerne: Sie wandeln ihre durch die Drogenverbote möglichen Gewinne in „legales“ Kapital um. Laut verschiedener Studien bringt der Drogenhandel jährlich zwischen 19 und 40 Milliarden US-Dollar nach Mexiko und ist damit vor dem Ölgeschäft der größte Devisenbeschaffer. Mit dieser Macht können die Kartelle ganze Bundesstaaten kontrollieren, in denen sie

Aufgaben des bürgerlichen Staates wie öffentliche Dienste oder das Gewaltmonopol übernehmen. Diese Ausmaße der Zersetzung des mexikanischen Staates und der Verschmelzung der bürgerlichen Parteien mit dem Drogenhandel lassen viele AktivistInnen und Intellektuelle von einem Narco-Staat sprechen.

Diese Situation ist Folge der Politik der Unterwerfung und Militarisierung des US-Imperialismus, der zur gleichen Zeit eine besondere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Kartellen besitzt.

Sozialismus oder Barbarei

Die aktuellen Massenbewegungen sind in ihrer Massivität und Radikalität unzureichend, die anti-demokratische und pro-imperialistische Regierung von Peña Nieto zu stürzen. Die politische Führungskrise der ArbeiterInnenklasse erlaubt der Bourgeoisie eine vorübergehende „Lösung“ für ihre Krise. Dafür muss sie tiefgreifende aber nicht grundlegende Zugeständnisse machen.

Die strukturellen Reformen der letzten Jahre zeigen jetzt schon Auswirkungen bei der Mehrheit der Bevölkerung. Dies birgt die Möglichkeit, dass auch die ArbeiterInnenklasse auf die Straße tritt. Das ist der Schlüssel für den Erfolg der aktuellen Bewegung.

Das korrupte Regime ist unreformierbar. Ein Generalstreik als revolutionäres Kampfmittel muss in den Machtkampf übergehen, d.h. eine provisorische Regierung aller Organisationen der ArbeiterInnen und unterdrückten Massen etablieren, welche eine freie und souveräne Volksversammlung einberuft. Auf dieser können alle dringenden Themen der Bevölkerung wie die Militarisierung und Repression, die Unterdrückung durch den Imperialismus und die Legalisierung der Drogen besprochen werden. Nur eine ArbeiterInnenregierung kann der Bourgeoisie und dem Imperialismus die Macht entziehen. Sie muss auf der Selbstorganisation der ArbeiterInnen basieren. Für diese Perspektive kämpft unsere mexikanische Schwesterorganisation, die Bewegung Sozialistischer ArbeiterInnen (MTS).

20.12.2014 – längere Version auf unserer Website

VON PETER ROBE

6. Dezember, 18:30 Uhr. Das überdachte Stadion des Vereins *Argentina Juniors* in Buenos Aires ist mit 6.000 Menschen bis auf die obersten Ränge gefüllt. Draußen neigt sich ein Tag unter der schwülen Hitze der Millionenmetropole dem Ende zu. Unter dem Motto „Lasst uns Tausende sein, damit die Front der Linken und ArbeiterInnen die Kraft der ArbeiterInnen, Jugendlichen und Frauen ausdrückt“ lud die Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS) an diesem Nachmittag ihre AktivistInnen und MitstreiterInnen ein.

Kühne Intervention

Die Reden drückten die Vielfalt der Interventionen der PTS im vergangenen Jahr aus. Und es waren die AktivistInnen selbst, die auf der Bühne standen. Der Großteil des Publikums war 2014 auf Straßenblockaden, hat Geld für die Streikkassen gesammelt, Wahlen an der Uni organisiert oder eine eigene Betriebsratswahl gewonnen.

Vor einigen Monaten startete die PTS ihr bisher ambitioniertestes Projekt: eine digitale Tageszeitung, *La Izquierda Diario*. Mit mehr als 100 Artikeln täglich kann sie mit den großen Tageszeitungen Argentiniens konkurrieren und hat schon über 500.000 BesucherInnen monatlich. Das Internet-Projekt reicht weit über Argentinien in die spanischsprachige Welt hinaus und es werden auch Artikel aus Deutschland veröffentlicht.

Die Reden begannen: Die Anwältin Miriam Bregman berichtete vom demokratischen Kampf gegen Polizeivillkür, Andrea d'Atri schilderte aus der Bewegung für legale, sichere und kostenlose Abtreibung, Raúl Godoy berichtete aus der selbstverwalteten Keramikfabrik Zanon, die PTS-Jugend von ihren Interventionen in ArbeiterInnenkämpfen.

Trotzkismus heute

ARGENTINIEN: Die PTS beendet das politische Jahr gestärkt mit einer Kundgebung in Buenos Aires mit 6.000 Menschen.

Eduardo Ayala sprach, der vor acht Jahren bei der Druckerei Donnelley eine klassenkämpferische Gruppierung aufzubauen begann, mit der er schließlich den Betriebsrat gewann. Nachdem die Firma am 12. August entschied, die Fabrik zu schließen, besetzten die ArbeiterInnen sie und produzieren bis heute unter eigener Kontrolle. Dies wäre nicht ohne das Beispiel von Zanon und die geduldige Vorarbeit revolutionärer ArbeiterInnen wie Ayala möglich gewesen.

Von einem ebenso wichtigen ArbeiterInnenkampf wusste Rubén Matu zu berichten. Er ist Betriebsrat beim US-Automobilzulieferer LEAR, der im Frühling dieses Jahres 300 ArbeiterInnen auf die Straße setzte. Daraufhin begann ein mehr als 200 Tage andauernder Kampf, den die 500 größten CEOs des Landes als den „Konflikt des Jahres“ bezeichneten und der erst zum Jahresende mit der Wiedereinstellung aller ArbeiterInnen endete. Mit 15 nationalen Aktionstagen, 14 Blockaden der größten und wichtigsten Autobahn des Landes, einer revolutionären Arbeit unterstützender AnwältInnen und einer unnachgiebigen Intervention der PTS konnte dieser Kampf ein Sieg und Beispiel für die gesamte ArbeiterInnenklasse werden.

Revolutionäre Weltpartei

Die Rede von Christian Castillo, Führungsmitglied der PTS und Abgeordneter in der Provinz Buenos Aires, konzentrierte sich auf die Notwendigkeit des Aufbaus einer Weltpartei der sozialistischen Revolution

und zeigte beispielhaft die Interventionen der Trotzkistischen Fraktion in den verschiedenen Ländern wie Mexiko, Brasilien, Chile oder Frankreich auf: „Das Strategische besteht im Aufbau einer materiellen Kraft, die die Macht der KapitalistInnen brechen kann“.

Den Abschluss machte der 34-jährigen Nicolás del Caño, Abgeordneter im Nationalen Kongress und einer der möglichen PräsidentschaftskandidatInnen der Front der ArbeiterInnen und Linken (FIT), an der die PTS beteiligt ist. Er hob die Verschmelzung junger prekarierteter ArbeiterInnen und Studierender mit der revolutionären Linken hervor, die sich im vergangenen Jahr in seiner Wahl als Abgeordneter für die Provinz Mendoza ausdrückte. Dem rechten Konsens zwischen der Regierung von Cristina Kirchner, ihrer NachfolgekandidatInnen und der Opposition müsse man eine Agenda der ArbeiterInnen, Jugendlichen und Frauen entgegenstellen.

Die PTS ist durch ihre beherzte Intervention in den Klassenkampf, ihre Arbeit zur Wiederbelebung der marxistischen Tradition und ihre revolutionären Innovationskraft heute die dynamischste Kraft der radikalen Linken in Argentinien. Deshalb war die Kundgebung am 6. Dezember der Höhepunkt eines Jahres, in dem die PTS mit Teilen der ArbeiterInnenklasse, neuen Generationen von Jugendlichen und den unterdrücktesten Sektoren der Gesellschaft verschmelzen konnte. Das ist der lebendige Beweis dafür, dass die trotzkistische Linke zu einer Massenkraft werden kann, wenn sie programmatische Festigkeit mit kühnen Interventionen verbindet.



Die Internationale



Nicolás del Caño



Andrea d'Atri



Eduardo Ayala



Raúl Godoy



Im Gedenken an die Bolschewiki-LeninistInnen

Die Linke Opposition der Kommunistischen Internationale kämpfte für die sozialistische Weltrevolution und gegen den Stalinismus.

VON WLADEK FLAKIN

Am 4. November 1918 begann die Revolution in Deutschland. Ein Jahr zuvor hatte die Revolution in Russland die Räte der ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und SoldatInnen an die Macht gebracht. Die Bolschewiki, die die russische Oktoberrevolution angeführt hatten, waren sich darüber im Klaren, dass der Sozialismus

im rückständigen, agrarisch geprägten Russland nicht aufzubauen war. Nur die Ausweitung der Revolution auf Industrieländer – allen voran auf Deutschland – könnte die Grundlage des Sozialismus bilden. Deswegen waren alle Augen im roten Petrograd auf die Massenaufstände in Berlin gerichtet.

Es kam jedoch anders. Zwar kämpften Millionen ArbeiterInnen auf den Straßen Deutschlands für die Enteignung des Kapitals und die Etablierung der Rätemacht. Doch ein Bündnis der reformistischen SPD-Führung mit den proto-faschistischen Freikorps ertränkte die Revolution in Blut. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren nur die bekanntesten der zehn- oder hunderttausenden Opfer.

Auch in anderen Ländern wurden Revolutionen niedergeschlagen. So blieb die junge Sowjetunion isoliert. Nach den Verwüstungen des Ersten Weltkrieges folgten weitere Jahre des BürgerInnenkrieges gegen die Konterrevolution. Der Mangel im neuen ArbeiterInnenstaat war unvorstellbar. In dieser Situation konnte eine privilegierte Bürokratie ihre eigene Macht festigen, auf Kosten der Räte und der Demokratie der ArbeiterInnen.

Oberster Vertreter dieser sowjetischen Bürokratie war Josef Stalin, der statt der sozialistischen Weltrevolution auf den „Sozialismus in einem Land“ setzte. Jene Bolschewiki, die die Ideen des mittlerweile verstorbenen W.I. Lenins weiter vertraten, wurden aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und ins Exil geschickt. Bald begannen die großen Säuberungen, die praktisch alle Bolschewiki physisch vernichteten oder vertrieben.

Die Politik der stalinistischen Bü-

rokratie wurde immer konterrevolutionärer – sie bremste die Revolution in China, unterdrückte die Massen in Spanien und schloss Pakte mit imperialistischen „Demokratien“, aber auch mit Hitler – um die eigenen Privilegien zu verteidigen.

Doch die alten Bolschewiki gaben ihren Kampf nicht auf. Im Exil, zusammen mit einer neuen Generation von RevolutionärInnen, kämpften sie zuerst als Linke Opposition innerhalb der Kommunistischen Internationale, die auch als Dritte Internationale bekannt war. Dann gründeten sie die Vierte Internationale, um das revolutionäre Programm von Marx und Lenin mit den Kämpfen der Massen zu verbinden.

Die Bolschewiki-LeninistInnen wurden auch „TroztkistInnen“ genannt, denn ihr bekanntester Vertreter war Leo Trotzki, zusammen mit Lenin der Anführer der Oktoberrevolution. Als internationale Organisation kämpften sie gegen den Kapitalismus und auch gegen die bürokratische Degeneration der Sowjetunion. Deswegen wurden die Kader der Vierten Internationale von faschistischen, stalinistischen und „demokratischen“ Kräften gleichermaßen verfolgt.

Der Troztkismus ist aber nicht einfach eine historische Positionierung gegen den Stalinismus. Troztkismus bedeutet ein Programm für die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse von allen Formationen der Bourgeoisie, für die Selbstorganisation der Massen in Räten im Kampf gegen den Kapitalismus.

Heute existiert die Vierte Internationale nicht in Form einer konkreten Organisation. Sie existiert aber weiter als Programm, und sammelt gewisse Kräfte in der ArbeiterInnenbewegung (siehe Beispiel aus Argentinien auf Seite 15). Auf der Grundlage dieses Programms treten wir für den Wiederaufbau der Vierten Internationale ein – und gedenken deswegen auch der Bolschewiki-LeninistInnen, die erst die Grundlage für dieses Programm geschaffen haben.

